

## Deutschland boykottiert den Atomwaffenverbotsvertrag

Am 7. Juli diesen Jahres wurde bei der UNO der Atomwaffenverbotsvertrag abgeschlossen: 122 Länder stimmten zu. Die Atommächte und die NATO-Staaten bis auf die Niederlande blieben den Verhandlungen fern. Die Niederlande waren dann der einzige Teilnehmerstaat, der am Ende mit Nein stimmte.

Wenn nun 50 Staaten diesen Vertrag ratifizieren, wird er Völkerrecht. Er erinnert an die katastrophale Vernichtungskraft von Atomwaffen und die Risiken ihrer bloßen Existenz. Er untersagt deshalb nicht nur unter allen Umständen ihren Einsatz, sondern auch schon die atomare Drohung. Allen Staaten, die ihn unterzeichnen, verbietet er die Entwicklung, Herstellung oder den sonstigen Erwerb von Atomwaffen, ihren Besitz und ihre Lagerung. Das Verbot umfasst auch Beihilfe zu diesen Aktivitäten und die Stationierung auf fremden Territorien.

Der Vertrag führt nicht morgen schon zur Verschrottung aller Atomwaffen. Er folgt dem Beispiel der Vernichtung von chemischen und biologischen Vernichtungswaffen: Ihre völkervertragliche Ächtung war der erste Schritt, danach waren immer mehr Staaten bereit, sie zu vernichten. So soll es nun auch mit Atomwaffen geschehen.

Die NATO-Strategie der nuklearen Planung und Abschreckung sind mit dem Vertrag völlig unvereinbar. Ebenso das für Deutschland geltende Konzept der nuklearen Teilhabe: US-Atomwaffen werden nicht nur in Büchel, sondern auch noch in vier weiteren europäischen Ländern zum Kriegseinsatz mit Hilfe des Militärs des jeweiligen Staates bereitgehalten.

Die Verweigerungshaltung Deutschlands und aller anderen NATO-Staaten gegenüber dem Atomwaffenverbotsvertrag steht in Gegnerschaft zum Völkerrechtsverständnis der großen Mehrheit der UN-Mitglieder.



## Das Streben nach der Atommacht

Der Wunsch nach Atomwaffen beherrschte seit den 50-er Jahren die Regierungen der Bundesrepublik. Völlig ungezügelt und offen vertrat dies Franz-Josef Strauß, der bis 1956 Atomminister war, und dann als Verteidigungsminister zusammen mit Bundeskanzler Adenauer die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik plante. Adenauer bezeichnete öffentlich Atomwaffen als nichts weiter als „eine Weiterentwicklung der Artillerie“. Der Widerstand in der Bevölkerung – vor allem die Bewegung „Kampf dem Atomtod“ - verhinderte die Umsetzung der atomaren Regierungspläne.

Offiziell wurde von den Atomplänen Abstand genommen. Gleichzeitig wurde mit einem enormen Aufwand die „zivile“ Nutzung der Atomenergie forciert und damit der Zugriff auf waffenfähiges Nuklearmaterial gesichert.

Heimlich wurde der Aufbau der Force de Frappe, der französischen Atomstreitmacht unterstützt. Die Kooperation mit Frankreich ist bis heute die wichtigste Option deutscher Militärpolitik, um direkten Zugriff auf Atombomben zu bekommen.

Die USA stoppten bisher immer die deutschen Atompläne. Sie wollten in Mitteleuropa keine atomaren Alleingänge der deutschen Regierung. Der Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht beflügelte aber in den letzten Jahren die Atommacht-Befürworter, auf eine europäische Lösung in Kooperation mit Frankreich zu setzen.

Der politische Wille, die Verfügungsgewalt über Atombomben zu erhalten, blieb ungebrochen. Heute zeigt sich das nicht nur daran, dass aktuell der Atomwaffenverbotsvertrag abgelehnt wird. Trotz des beschlossenen Atomausstiegs soll z. B. die Urananreicherungsanlage in Gronau weiter betrieben werden.



## 6. August: Hiroshima-Gedenktag Erinnerung an Hiroshima vor 72 Jahren

Am 6. August vor 72 Jahren wurde die japanische Stadt Hiroshima durch eine Atombombe dem Erdboden gleichgemacht. Durch diesen ersten Atombombeneinsatz verbrannten 78 000 Menschen sofort, weitere 122 000 fielen den Folgen der Explosion zum Opfer.

Weltweit gibt es heute rund 16 000 Atombomben. Davon sind 1 800 in höchster Einsatzbereitschaft. Diese Waffen können alles Leben auf dieser Erde zerstören. Alle Atomstaaten stecken unvorstellbare Geldsummen in die Aufrüstung und Modernisierung der Nuklearwaffen. Die von den USA wesentlich bestimmte Atomstrategie der NATO zielt darauf ab, einen Atomkrieg führen und gewinnen zu können.

Atomwaffen lagern auch in Deutschland, im weniger als 200 Kilometer von Bochum entfernten Büchel in der Eifel. Bis 2020 sollen neue, modernere US-Atombomben in Büchel stationiert werden.

Die Vernichtungswirkung wird um ein Vielfaches erhöht. Deutsche Kampffetpiloten üben unter NATO-Befehl den Abwurf dieser Atombomben, die bereits jetzt jeweils die 26fache Vernichtungskraft der Hiroshimabombe haben.

Bereits 2010 forderte der Bundestag mit breiter Mehrheit den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland. So stand es 2009 im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP. Bundeskanzlerin Merkel erklärte jedoch die nukleare Abschreckung der NATO für unverzichtbar. Auch die SPD hält an der „nuklearen Teilhabe“ Deutschlands und der NATO-Atom-Strategie fest. Außenminister Gabriel hat die Verhandlungen in der UNO zum Atomwaffenverbotsvertrag boykottiert, obwohl sich 93 % der Bevölkerung 2016 in Meinungsumfragen für ein Atomwaffenverbot aussprachen.

Das „Bulletin of the Atomic Scientists“ stellte seine berühmte „Doomsday Clock“, die anzeigt, wie kurz die Welt vor einem Atomkrieg steht, am 26. Januar 2017 auf zweieinhalb Minuten vor zwölf. 1953 stand sie auf zwei Minuten vor zwölf. 1991 war es 17 vor 12.



# DFG-VK

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen  
Bochumer Friedensplenum  
[www.bo-alternativ.de/friedensplenum](http://www.bo-alternativ.de/friedensplenum)

Vi.S.d.P.: Martin Budich, Friedensplenum,  
c/o Soziales Zentrum, Josephstr. 2, Bochum